

Postulat Reto Nause (CVP): Familienfreundliche Überbauung auf dem Areal des ehemaligen Lehrerinnen- und Lehrerseminars Marzili

Der Kanton plant auf dem von Roll-Areal einen Neubau für die Unterbringung der Pädagogischen Hochschule (PH), Teile der Geistes- sowie der Sozialwissenschaften und einem Speicher für die Stadt- und Universitätsbibliothek. Das ehemalige Seminar Marzili wird heute von der PH genutzt. Nach dem Umzug der PH wird das Areal im Marzili frei. Es ist noch nicht klar, ob der Kanton das Areal weiter nutzen will oder ob er einen Verkauf plant.

Gleichzeitig befinden sich auf dem Areal auch noch Schulräumlichkeiten, die durch die Volksschule, also durch die Stadt Bern genutzt werden. Dieser Nutzung muss in der künftigen Planung Rechnung getragen werden, weil ansonsten die Kinder aus dem Marzili ins Sulgenbach-Schulhaus müssten. Eine solche Lösung wäre nicht optimal.

Das alte Seminarareal ist für die Wohnnutzung bestens geeignet. Es ist zentrumsnah und dennoch ruhig. Es liegt direkt neben dem Marzilibad und in nächster Nähe naturnahen Gaswerkareal und zum Tierpark Dählhölzli. Das Areal bietet genügend Platz um eine grosse, familienfreundliche Überbauung mit vielen Spielflächen zu realisieren.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit auf dem Areal des ehemaligen Seminars Marzili eine familiefreundliche Wohnüberbauung realisiert werden kann.

Begründung

Während andere Schweizer Städte in den letzten Jahren wieder markant gewachsen sind und ganze Stadtteile neu entstanden, stagniert Bern. 2006 hat die Bevölkerungszahl von Bern wieder das Niveau von 1940 erreicht. Wie in anderen Städten ist der benötigte Wohnraum pro Kopf markant angestiegen – anders als in anderen Städten standen in Bern aber keine grösseren Industriebrachen für Umnutzungen zur Verfügung. Die Landreserven innerhalb der Stadtgrenzen sind knapp. Gelingt der Stadt keine Stabilisierung des geschilderten Trends droht sie zwischen den Polen Zürich, Basel und Arc lémanique marginalisiert zu werden. Das geschilderte Szenario wird sich bereits in den nächsten 5 Jahren akzentuieren, betrachtet man die aktuellen Trends. Bis in 10 Jahren dürfte es seine volle Dynamik entfalten.

Bern, 25. Januar 2007

Postulat Reto Nause (CVP), Edith Leibundgut, Daniel Lerch

Antwort des Gemeinderats

Im Rahmen der STEK Ergänzung Wohnen 2003 hat der Gemeinderat Massnahmenswerpunkte verabschiedet, die zu einer Erhöhung des städtischen Wohnangebots und der Wohnqualität führen sollen. Das Areal um das ehemalige Lehrerinnen- und Lehrerseminar Marzili figuriert unter den Massnahmen als neu zu prüfender Standort unter der Bezeichnung Areal Brückenstrasse. Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulanten und der Postulantin, dass dieses Areal für eine familienfreundliche Wohnüberbauung sehr gut geeignet ist.

Das Areal Brückenstrasse, im Eigentum des Kantons, wird gegenwärtig von der Pädagogischen Hochschule genutzt. Der Umzug der Hochschule ins von Roll-Areal erfolgt im Jahr 2014. Der Kanton plant, das Areal nach dem Umzug an einen Investor zu veräussern. Gegenüber dem Kanton wurde kommuniziert, dass die Stadt beabsichtigt, das Planungsverfahren zur Umzonung in eine Wohnzone zum geeigneten Zeitpunkt anzugehen.

Für eine konsensfähige Arealentwicklung bedarf es einer Gesamtplanung. Die Volksschule ist an diesem Standort unumstritten und soll beibehalten werden. Auch die Entwicklung des unmittelbar in der Nähe liegenden Gaswerkareals muss in die Betrachtung einbezogen werden. So soll beispielsweise geprüft werden, ob das heute intensiv durch Vereinssport genutzte Rasenspielfeld auf dem Areal Brückenstrasse im Gaswerkareal kompensiert werden kann.

Momentan erarbeitet der Kanton Entscheidungsgrundlagen im Bereich Nutzungsanalyse und Standortprofil, welche Klarheit über Rahmenbedingungen, Wirtschaftlichkeit und das weitere Verfahren bringen sollen. Erste Resultate sollen in den nächsten Wochen vorliegen. Ziel ist es, dass unmittelbar nach dem Auszug der Pädagogischen Hochschule auf dem Areal Brückenstrasse gebaut werden kann. Vorgängig muss das Areal umgezont und ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden. Damit soll auch die Zielsetzung einer Überbauung mit hoher Lebens- und Wohnqualität erreicht werden. Diese Planungsschritte erfolgen in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und Grundeigentümer.

Die Anliegen der Postulanten und Postulantin decken sich mit der Zielsetzung des Gemeinderats. Im Rahmen des Planungsverfahrens und des Wettbewerbs werden diese Anliegen in die Verhandlungen mit dem Grundeigentümer eingebracht.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 27. Juni 2007

Der Gemeinderat